



An die

- Mitglieder der Aussenpolitischen Kommissionen beider Räte
- Mitglieder der Beratenden Kommission für internationale Entwicklung und Zusammenarbeit
- interessierte Öffentlichkeit

Bern, 9. September 2016

AKTUELLES ZUM INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS

WICHTIGSTE GESCHÄFTE

Erneuerung der bilateralen Kreditlinien

Im April 2012 beschloss der IWF aufgrund der grossen Ungewissheit bezüglich der Stabilität des Finanzsystems eine ausserordentliche und befristete Aufstockung seiner Mittel mittels bilateraler Kreditlinien. Ein substanzieller Teil dieser Kreditlinien läuft zwischen Oktober 2016 und März 2017 ab. Gestützt auf diese Situationsanalyse diskutierte der Exekutivrat über die Möglichkeit einer neuen Runde bilateraler Kredite und vereinbarte zu diesem Zweck eine Überprüfung der IWF-Kreditrichtlinien. Er ermunterte die Länder, ihre bilaterale Kreditlinien zu verlängern. Ferner rief er jene Länder zu einem Beitrag auf, die bisher keine Kreditlinie gewähren. Basierend auf der Diskussion zeichnet sich ein Konsens ab, die gegenwärtige Kreditvergabekapazität des IWF beizubehalten.

Die Schweiz hat ein Interesse an einem stabilen internationalen Währungssystem mit dem IWF als tragende Stütze und Schutzschild gegenüber den systemischen Risiken. Es ist für die Schweiz von Vorteil, ein starker Partner des IWF zu sein. Sie hat deshalb erklärt, einen Beitrag in Erwägung zu ziehen. 2012 war die Schweiz bereit, USD 10 Mrd. zu gewähren. Der IWF hatte jedoch auf den Abschluss einer bilateralen Kreditlinie mit der Schweiz verzichtet, weil seine Darlehensmodalitäten mit den Anforderungen des Währungshilfegesetzes (WHG) nicht vereinbar waren. Die anstehende Revision des WHG sieht eine entsprechende Anpassung vor die es der Schweiz erlauben wird, einen angemessenen Beitrag zu leisten.

Der IWF und die Krisen in Griechenland, Irland und Portugal: IEO-Bericht

Das unabhängige Evaluationsbüro des IWF (IEO) hat seinen Bericht zur Wirksamkeit der Überwachungstätigkeiten und des Krisenmanagements des IWF in Griechenland, Irland und Portugal veröffentlicht. Bezüglich der Überwachung attestiert er dem IWF-Stab, zwar die richtigen Risiken ermittelt, jedoch ihre Tragweite unterschätzt zu haben. Zum Krisenmanagement hält der IEO-Bericht fest, dass die Troika sich als wirksamer Mechanismus für den Dialog mit den Behörden der betreffenden Länder erwiesen hat. Das IEO ist aber auch der Meinung, dass dieser Mechanismus den Handlungsspielraum des IWF einschränkt, weil er dessen Transparenz und Unvoreingenommenheit in Frage stellt. Der IEO-Bericht anerkennt jedoch, dass der IWF mit einem aussergewöhnlichen noch nie da-

gewesenen Umfeld konfrontiert war. Basierend auf diesen Feststellungen gibt das IEO zu Händen des Exekutivrats fünf Empfehlungen ab, die den IWF in seiner Unabhängigkeit stärken sollen.

Der Exekutivrat wie auch der Stab begrüßten den Bericht und die Empfehlungen des IEO und unterstrichen die Bedeutung eines unabhängigen IWF als Grundpfeiler des internationalen Währungs- und Finanzsystems. Der Exekutivrat hob die Notwendigkeit hervor, die Lehren aus dieser Erfahrung zu ziehen. Er betonte auch, welche bedeutende Rolle die IWF-Programme bei der Eindämmung der Krise spielen. Diese Programme verschaffen den europäischen Partnern genügend Zeit, damit sie sich mit den erforderlichen Krisenbewältigungsdispositiven ausrüsten können.

Die Schweiz begrüßt den IEO-Bericht und unterstützt die Empfehlungen. Sie stärken einen unabhängigen und unparteiischen IWF, der systemische Risiken wirkungsvoll begegnen kann.

Siehe auch die [Zusammenfassung der Sitzung des IWF-Exekutivrats vom 19. Juli über den IEO-Bericht zum IWF und den Krisen in Griechenland, Irland und Portugal](#), die [Erklärung der IWF-Direktorin zum Bericht](#) sowie die [allgemeinen Informationen zum IEO](#).

External Sector Report

Der IWF hat den vierten Bericht zu den Aussenpositionen der wichtigsten Länder veröffentlicht. Dieser Bericht enthält eine Analyse der Leistungsbilanzen, Wechselkurse, Aussenpositionen, internationalen Währungsreserven, Kapitalströme und makroökonomischen Politiken dieser Länder.

Die an der Summe (in absoluten Zahlen) der weltweiten Überschüsse und Defizite gemessenen Leistungsbilanzungleichgewichte hatten sich zunehmend verschärft und erreichten 2008 rund 5 Prozent des globalen BIP. Nachdem diese Ungleichgewichte sich im Zuge der globalen Finanzkrise verringert hatten, vergrösserten sie sich 2015 wieder leicht. Zurückzuführen ist dies weitgehend auf die Überschüsse (Japans, Deutschlands) sowie die Defizite der USA. Im Gegenzug waren die Überschüsse der rohwarexportierenden Staaten rückläufig. Der IWF beurteilt die Aussenposition der Schweiz als «geringfügig» schwächer als aufgrund ihrer makroökonomischen Basiskennzahlen eigentlich zu erwarten wäre.

Die Schweiz begrüßt die Analysen zum besseren Verständnis der weltweiten makroökonomischen Stabilität und befürwortet eine stärkere Berücksichtigung der Analysen in der IWF-Überwachungstätigkeit. Die vom IWF verwendeten Methoden sind allerdings verbesserungsfähig und die Ergebnisse mit Vorsicht zu interpretieren.

Siehe [External Sector Report 2016](#).

Finanzielles Engagement des IWF

In 16 Ländern laufen derzeit Kreditprogramme des IWF, welche über die allgemeinen IWF-Ressourcen (Quoten, Neue Kreditvereinbarungen und bilaterale Kreditvereinbarungen) finanziert werden. Hierzu gehört z.B. das Programm zugunsten der Ukraine. Ferner sind die Versicherungslinien zugunsten von Mexiko, Kolumbien, Polen und Marokko im Umfang von insgesamt rund USD 120 Mrd. Teil dieses Engagements.

Über den Treuhandfonds für Armutsminderung und Wachstum (PRGT) führt der IWF gegenwärtig Programme in 22 der ärmsten Länder durch. Die entsprechenden Kredite werden aus einem speziellen Treuhandfonds bereitgestellt und sind bis Ende 2016 zinsbefreit.

Die jeweils aktuelle Aufstellung der IWF-Mittelausstattung und der laufenden Kreditprogramme ist unter [IMF Financial Activities](#) zu finden.

Es folgt eine kurze Berichterstattung über die Entwicklungen in einigen ausgewählten Länderprogrammen:

Russland

Nach zwei Jahren Rezession (-3,7% im Jahr 2015, -1,2% für 2016) geht der IWF von einem erneuten Wachstum im Jahr 2017 aus (1%). Die Kombination von Wirtschafts- und Finanzsanktionen gepaart mit sinkenden Preisen für fossile Energieträger, der Haupteinnahmequelle Russlands, führte zu einer Depression, begleitet von einer starken Abwertung des Rubels gegenüber dem Euro und dem US-Dollar. Der Exekutivrat begrüßte angesichts des schwierigen Umfeldes die von den russischen Behörden im Budget- und Währungsbereich getroffenen Massnahmen zur Stabilisierung der Lage.

Die Schweiz teilte die Einschätzung, dass die getroffenen Massnahmen zur Stabilisierung des Finanzsystems und der Wirtschaft beitragen können. Sie ermutigt die Behörden, das Geschäftsklima zu verbessern (Russlands Ranking im "Ease of Doing Business Index" hat sich in den letzten Jahren verbessert) und so den Kapitalabfluss einzudämmen sowie die Wachstumspotentiale zu verbessern.

Siehe auch die [Medienmitteilung des IWF vom 13. Juli 2016](#) sowie [weitere Informationen zu Russland im IWF](#).

Euroraum

Obwohl die konjunkturelle Erholung im Euroraum durch eine zunehmend flexible Geldpolitik, eine generell neutrale Haushaltspolitik und sinkende Erdölpreise begünstigt wurde, belasten die Folgen der Krise (Erwerbslosenquote, öffentliche und private Verschuldung, Strukturschwächen) und die sehr niedrige Inflation die kurz- und mittelfristigen Wirtschaftsaussichten weiterhin stark. Der Exekutivrat hob die Notwendigkeit hervor, gemeinsam und entschlossen zu agieren, um das Wachstum anzukurbeln. Er wies insbesondere auf die Wichtigkeit struktureller Reformen hin um das Potentialwachstum und den Handlungsspielraum der Haushaltspolitik in den Euroländern verstärkt werden.

Die Schweiz hob die Bedeutung eines umfassenden und ausgewogenen Massnahmenpakets zur Unterstützung des Wachstums hervor. Insbesondere sei die Abwicklung notleidender Kredite zu beschleunigen, damit Kreditvergabe und Privatinvestitionen belebt werden können. Damit wird auch ein Beitrag zu einer besseren Umsetzung der Geldpolitik geleistet.

Siehe auch die [Pressemitteilung des IWF vom 8. Juli](#) sowie [weitere Informationen zum Euroraum im IWF](#).

Irak

Der IWF-Exekutivrat hat ein «Stand-by Arrangement» in Höhe von insgesamt rund USD 5,34 Mrd. und einer Laufzeit von 3 Jahren verabschiedet. Das Programm soll den Abbau der Verschuldung unterstützen und dazu beitragen, Geldgeber für weitere Finanzierungen zu gewinnen. Mit dem Programm wird eine ehrgeizige Haushaltskonsolidierung angestrebt. Die bisherigen IWF-Programme verhelfen der wirtschaftlichen Situation zu grösserer Stabilität. Das Land ist jedoch weiterhin bedeutenden geopolitischen und Sicherheitsrisiken ausgesetzt und leidet unter den Folgen des tiefen Erdölpreises.

Die Schweiz stimmte dem Programm zu, verwies jedoch auch auf die grossen Risiken und die ehrgeizigen Ziele. Sie ermutigt die Behörden, der Diversifizierung der Wirtschaft, dem Wiederaufbau der Infrastruktur und der Erholung des Privatsektors Priorität einzuräumen, namentlich indem das Geschäftsklima verbessert und die Mikrofinanz gefördert wird.

Siehe auch die [Pressemitteilung des IWF vom 14. Juli 2016](#) sowie [weitere Informationen zum Irak im IWF](#).

USA

Der IWF-Exekutivrat hat die jährliche Länderprüfung der USA verabschie-

det. Die wirtschaftliche Erholung des Landes setzt sich zwar fort, es besteht aber weiterhin eine Reihe von tiefergehenden Herausforderungen. Dazu gehören ein stockendes Produktivitätswachstum, eine fallende Erwerbsbeteiligung sowie steigende Armut und Ungleichheit. Hinsichtlich der Geldpolitik empfiehlt der IWF die Normalisierung des Zinsniveaus abhängig von der Entwicklung der Wirtschaftsdaten zu machen. Er betonte zudem, dass grundlegende institutionelle Lösungen gefragt seien, um Unsicherheiten in der Budgetplanung zu reduzieren und die Schuldenlast auf ein nachhaltiges Niveau zu senken. Schliesslich müsste auch die Umsetzung von Reformen der Regulierung und Aufsicht des Finanzsektors noch weiter voranschreiten.

Die Schweiz betonte, dass eine progressive Erhöhung des Zinsniveaus im Falle weiterhin solider Wirtschaftszahlen sinnvoll ist. Aufgrund des potentiellen Inflationsrisikos dürfe diese nicht zu lange aufgeschoben werden. Sie schlug die Prüfung einer Haushaltsregel zur Verbesserung der Budgetpolitik vor. Schliesslich warnte sie vor einer Ermüdung bei der Umsetzung der nationalen Finanzmarktreformen.

Siehe auch die [Pressemitteilung des IWF vom 12. Juli 2016](#) sowie [weitere Informationen zu den USA im IWF](#).

Afghanistan

Der Exekutivrat hat eine neue Finanzhilfe (Extended Credit Facility, ECF) in Höhe von USD 45 Mio. (10 % der Länderquote) mit einer Laufzeit von 3 Jahren für Afghanistan verabschiedet. Wegen dem schwierigen wirtschaftlichen und geopolitischen Umfeld fiel das Wachstum zwischen 2007 und 2011 um über 10 Prozent auf 0,8 Prozent im Jahr 2015. Das Programm spielt auch im Hinblick auf die Konferenz der Geberländer für Afghanistan (Brüssel, Oktober 2016) eine wichtige Rolle. Der IWF erkennt Anzeichen gewisser Verbesserungen (tiefe öffentliche Verschuldung, steigende Haushaltsindikatoren, angemessenes Niveau der Währungsreserven) sowie eine konjunkturelle Erholung in Höhe von 2 Prozent des BIP im Jahre 2016.

Die Schweiz unterstützt dieses neue Programm angesichts seines bescheidenen Umfangs des gewünschten Betrags und in Anbetracht der Herausforderungen, mit denen sich das Land konfrontiert sieht (Flüchtlingskrise, soziale und politische Krise, Anstieg der Arbeitslosigkeit, Korruption und Unzulänglichkeiten in der Verwaltung). Ausserdem bewiesen die Behörden in den bisherigen Programmen, dass sie gewillt sind, die vereinbarten Reformen auch wirklich umzusetzen. Die Schweiz gehört auch zu den bilateralen Geberländern Afghanistans.

Siehe auch die [Pressemitteilung des IWF vom 28. Juli 2016](#) sowie [weitere Informationen zu Afghanistan im IWF](#).

Marokko

Der IWF-Exekutivrat bewilligte zugunsten Marokkos eine dritte vorsorgliche Liquiditätslinie (PLL – Precautionary Liquidity Line). Marokko erfüllt die Qualifikationskriterien für diese zweijährige Kreditlinie über USD 3,5 Mrd. Sie soll das Land vor globalen und regionalen Wirtschafts- und Finanzrisiken schützen und das Vorantreiben von wichtigen Reformen zur Förderung des langfristigen Wachstums erleichtern. Unter der letzten PLL, welche wie geplant nicht beansprucht werden musste, konnte Marokko wichtige Reformen im Haushaltsbereich verabschieden und Fortschritte in der Gestaltung der Geldpolitik vorweisen.

Die Schweiz stimmte der Gewährung der vorsorglichen Liquiditätslinie angesichts der Tatsache zu, dass ihre Höhe im Vergleich zur vorgängigen PLL gesunken ist. Den Reformwillen der Behörden begrüsst sie. Sie wies aber gleichzeitig darauf hin, dass die baldige Erarbeitung einer Strategie für den Ausstieg aus der PLL wichtig ist.

Siehe auch die [Pressemitteilung des IWF vom 22. Juli 2016](#) sowie [weitere](#)

[Informationen zu Marokko im IWF.](#)**WEITERE GESCHÄFTE****Treffen Stimmrechtsgruppe**

Am 12. und 13. Juli 2016 fand unter der Leitung von Bundesrat Ueli Maurer in Almaty, Kasachstan eine Tagung der schweizerischen Stimmrechtsgruppe im IWF und der Weltbank statt. Begleitet wurde Bundesrat Maurer vom Präsidenten des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, Thomas Jordan, sowie von Botschafter René Holenstein als Vertreter des EDA (DEZA) und Botschafter Raymund Furrer als Vertreter des WBF (SECO). Teil des Treffens, zu dem die Behörden Kasachstans eingeladen hatten, war ein Seminar zu den wirtschaftlichen Perspektiven der Länder des Kaukasus und Zentralasiens. Im Anschluss an das Treffen besuchte Bundesrat Maurer vom 14. bis 16. Juli 2016 Turkmenistan und Aserbaidschan und führte dort Arbeitsgespräche mit seinen Amtskollegen und den Zentralbankgouverneuren. Dabei wurde er auch von den Präsidenten beider Länder zu einem Höflichkeitsbesuch empfangen.

Siehe auch die [Pressemitteilung vom 11. Juli 2016](#).

G20-Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure in Chengdu

Bundesrat Ueli Maurer nahm als Schweizer Delegationsleiter vom 23. bis 24. Juli 2016 am G20-Finanzministertreffen in Chengdu, China, teil. Er wurde von Thomas Jordan, Präsident des Direktoriums der SNB, begleitet. Wichtigste Themen beim Treffen waren die weltwirtschaftlichen Aussichten und die Lage auf den Finanzmärkten sowie die internationale Steuerpolitik.

Siehe auch die [Pressemitteilung vom 22. Juli 2016](#) und den [Beitrag im SIF-Newsletter zur G20](#).

TERMINE

06. – 07. Oktober 2016	Treffen der G20-Finanzminister und Notenbankgouverneure, Washington, USA
07. – 09. Oktober 2016	Jahrestagung von IWF und Weltbank, Washington, USA
30. März – 02. April 2017	Jahrestagung der Interamerikanischen Entwicklungsbank, Asuncion, Paraguay
21. – 23. April 2017	Frühjahrestagung von IWF und Weltbank, Washington
04. – 07. Mai 2017	Jahrestagung der Asiatischen Entwicklungsbank, Yokohama, Japan
10. – 11. Mai 2017	Jahrestagung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Zypern
22. – 26. Mai 2017	Jahrestagung der Afrikanischen Entwicklungsbank, Ahmedabad, Indien
16. – 18. Juni 2017	Jahrestagung Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank, Jeju, Korea
13. – 15. Oktober 2017	Jahrestagung von IWF und Weltbank, Washington, USA

KONTAKT

Friederike Pohlenz, Sektion Internationale Finanzinstitutionen, Staatssekretariat für internationale Finanzfragen, Tel. 058 462 64 63, friederike.pohlenz@sif.admin.ch.

Diese Aktualitäten zum IWF erscheinen rund alle drei Monate in deutscher und französischer Sprache. Nach Erscheinen sind sie erhältlich unter www.sif.admin.ch/sif/de/home/dokumentation/publikationen/aktuelle-informationen-schweiz---iwf.html.

